

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Alttadt

Abonnementspreis einschließlich Frangiergeld in der 41. Woche vom 6. bis 12. Oktober 44.000 000 M., unter Abzug für Deutschland die Nummer 9.000.000 M., Einzelnummer 8.000.000 M., — M.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelzahl. Grundzeile: die 20 mm breite Komparatzeile 135 M., die 90 mm breite Reklamazeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 500 M. Schließelzahl: 100.000. Familienanzeigen, Stellen- und Reiseangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 3000.000 M.

Nr. 235

Dresden, Montag den 8. Oktober 1923

34. Jahrg.

Die geleimte Koalition

Am Sonnabend hat sich dem Reichstag ein Kabinett vorgestellt, das nicht eigentlich neu ist. Es erscheint nur an einigen Stellen auf neu gewendet. Zwei Minister sind ausgeschieden und zwei andre treten ein. Sagen wir: die große Koalition Nummer zwei. Stresemanns Programmrede überraschte denn auch durch nichts. Gewiß, er wandte sich gegen die äußerste Rechte und fand auch Töne gegen die Krach- und Krisenmacher in der eigenen Fraktion. Am wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede interessierte wohl am meisten die Stelle, in der er sich gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate wendet. Die sozialdemokratische Kritik fordert seit langem eine schärfere Kontrolle und Ueberwachung der Preisbildung, vor allem bei den Rohstoffkartellen. Wenn das Kabinett Stresemann da Abhilfe schaffen will, muß es auf die sozialdemokratischen Forderungen zukommen. Da jedoch Hilferding in dem neuen Kabinett nicht wieder auftaucht, müssen wir befürchten, daß seine wirtschaftlichen Reformpläne als zu weitgehend betrachtet wurden. Und sie waren doch nur das Mindestmaß dessen, was die Sozialdemokratie fordern muß! Wie soll man da am Grabe des Ministers Hilferding große Hoffnungen aufspitzen und wirtschaftliche Reformen von seinem unparteilichen Nachfolger Koeth erwarren?

Eine Enttäuschung bereitet Stresemanns Rede auch dort, wo sie von Bayern — nicht handelt. Wir vermüssen in seinen innerpolitischen Betrachtungen eine entsprechende Stellungnahme gegen die jetzt im Reichstag herrschenden Zustände der Rechtslosigkeit. Nichts von der widerrechtlichen Stellung des Generalkommissars Raht, nichts von einer Kampfanlage gegen jenes bewaffnete Sanktionskartell, das uns nach außen hin lächerlich macht und nach innen mit dem Bürgerkrieg bedroht! Wir wollen zugeben, daß Stresemann innerhalb seiner Partei immerhin ein Eindringlicher ist, aber was will das belagen in dieser Partei von blinden Reaktionen oder verwahrlosten Liberalen?

Frägt man heute nach Grund und Zweck der eben belegten Kabinettskrise, so stößt man auf die Zerfahrenheit des deutschen Bürgertums. Selbst die bürgerlichen Kreise, die die Reichsversammlung als den gegebenen Boden der weiteren Entwicklung ansehen und die Notwendigkeit vollständiger antikapitalistischer Reformen erkennen, wissen doch nicht recht, was sie wollen. Vor wirklich ersten Entschlüssen scheitern sie zurück. Raum war eine energische Steuerreform durchgedrückt, ein energischer Finanzminister in Hilferding gefunden, kaum war nicht nur die Bekämpfung, sondern auch die Erfassung der Sachwerte vom ersten Kabinett Stresemann als unumgänglich anerkannt worden, da genügte ein Stoß aus der rechten Flanke, um das ganze Regierungsgebäude ins Wanken zu bringen. Drei Tage langer Ueberlegung innerhalb der bürgerlichen Parteien und der Mobilisierung der öffentlichen Meinung bedurfte es, um aus den alten Bestandteilen und einigen neuen Zutaten dieselbe Koalition zusammenzusetzen. Das Resultat der Krise: verminderter sozialdemokratischer Einfluß, Hochschneßen des Dollars auf 300 Millionen und weiterer Prestigeverlust des Parlamentarismus.

Denkt man an den Nistriner Putz, der von der Reichswehr nur mit Mühe gestoppt wurde, an die vorbereitete Umzingelung Berlins, die vom Genossen Soltmann, und von unsern Genossen in der preussischen Regierung in zwölf Stunden geschlagen wurde, so wird erklärlich, warum in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und in unserer Partei auswärts die Würfel für das Verbleiben bei der großen Koalition fielen. Die bayerischen Spuren sprechen; die verantwortlichen Stellen unserer Partei wollen die Regierungsgewalt der Republik nicht zu einem trockenen Putz an den Rechtsflügel der Volkspartei und die Deutschnationalen ausliefern. Gut, wir sind nicht so schwerfällig, um dies nicht zu würdigen. Wir begreifen nur, daß die große Koalition in dieser Gestalt und dieser Zusammensetzung das geeignete Kampfmittel gegen die Reaktion ist. Es genügt unsres Erachtens nicht, mit zu regieren, sondern das Entscheidende ist, mit zu handeln. Die große Koalition jedoch ist höchstens zum Abhandeln, aber nicht zu wirklich entscheidenden Taten fähig. Und nur durch Taten, durch Reformen, durch wirklich ernsthafte Maßnahmen gegen die Diktatur des Großkapitals können der republikanische Gedanke, die Demokratie und die Einheit Deutschlands gerettet werden.

Den Genossen, die uns fragen: „Ja, was wollt ihr denn, wenn nicht die große Koalition?“ — sind wir die Antwort nicht schuldig geblieben. Um Mißverständnisse zu vermeiden, setzen wir sie noch einmal her: Wir lassen uns von Begriffen nicht täuschen machen, es kommt uns auf den Inhalt an. Das Wort große Koalition ist für uns kein Bannwort. Es kommt uns darauf an, wie diese große Koalition aussieht, ob die Sozialdemokratie darin entscheidenden Einfluß hat und ob diese Koalition die Probleme lösen kann und will, die gelöst werden müssen, wenn Deutschland nicht zugrunde gehen soll.

Man von Stresemann bis zu den Demokraten weder willens, noch fähig dazu, so soll die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für das weitere Überlassen. Räume nach dieser unserer Abjage wirklich ein reaktionäres Kabinett, so wäre die logische und auf die Dauer unumgängliche Folge davon, daß das liberale Bürgertum unfähig ist, mit uns an die Aufgaben der Zeit heranzugehen. Das Volk müßte dann aber, wie die Frankfurter Zeitung ganz richtig betont, durch die Enttäuschungen, Schäden und Gefahren einer Rechtsregierung hindurch. Wie sich das reibürgerliche Kabinett Gehrenbach, wie sich das Kabinett der Finanzminister unter Cuno abwickelte, so stünde auch ein reaktionärereres Regime binnen kurzer Zeit vor demselben Faktum. Sofern bis dahin durch außerparlamentarische Entscheidungen nicht eine andre Lösung der deutschen Schicksalsfragen erfolgt wäre, stünden die Kreise, auf die es ankäme, endlich vor der durch mehrere vergebliche Experimente erhärteten Erfahrung, daß weder gegen die Arbeiterklasse noch mit kapitalistischen Methoden zu regieren ist.

Wir verhehlen uns nicht, daß eine Reaktionsperiode dem deutschen Volke viel Gut und Blut kosten könnte. Wir glauben jedoch, daß die Redung für die Sozialdemokratie nicht billiger, sondern teurer wird, wenn sie uns die Geschichte nach einigen Monaten doch präsentieren sollte. Die Zeit arbeitet nicht für uns, sondern gegen uns.

Sehen unsere Genossen in der großen Koalition eine entscheidende freiheitliche Reformpolitik durch, so wollen wir uns gern eines andern befehlen lassen. Bis heute jedoch hat die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland unsere Auffassung recht gegeben und nicht denen, die eine Kompromisspolitik bis zur äußersten parlamentarischen Grenze vertreten. Die Reaktion wurde härter, das Reich schwächer dabei. Wir bedauern, daß der Parteitag verschoben wurde. Schicksalsfragen der Partei, wie sie sich gegenwärtig vor uns aufdrängen, gehören vor einen Parteitag und sollten von einem für die Parteigenossen kompetenteren Forum entschieden werden, als es Parteiausschuß und Fraktion sein können.

Die Arbeitszeitfrage

S. P. D. Die Rückkehr zur großen Koalition bedurfte vieler Stunden der Verhandlungen, ehe die Volkspartei ihr wahnwitziges Verlangen an die Sozialdemokratie aufgab, und vielleicht stünden wir heute noch mitten in der Krise, wenn sich diesmal die sonst so jammervollen Demokraten nicht in einem Maße engagiert hätten, daß der Anerkennung wert ist. Unter ihrer Einwirkung und dem Druck maßgebender Zentrumsleute auf die Volkspartei konnte in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, morgens um 3 Uhr, eine

Internationale und Ruhrfrage

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hielten am 2. und 4. Oktober in Volkshaus zu Brüssel gemeinsame Sitzungen ab, um die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene internationale Lage zu besprechen.

Auf Antrag der Delegationen von Frankreich und Belgien nahm die Konferenz einstimmig die folgende Resolution an: 1. In ihrem beharrlichen Bestreben, einen sicheren und dauerhaften Frieden in Europa herbeizuführen, haben die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sich von Anfang an bemüht, eine gerechte und wirksame Lösung des Reparationsproblems zu finden. Die englischen, französischen und belgischen Arbeiter sind in dieser Frage zu einer vollständigen Einigung mit den deutschen Arbeitern gelangt. Namentlich die Resolutionen von Antwerpen und Frankfurt haben dieser Verständigung eine präzise Form gegeben und der Welt dieses Entwürfs ist erwiesen durch die Tatsache, daß sich eine immer größere Einmütigkeit nicht nur unter Leuten guten Willens aller Kreise und aller Länder, sondern auch der offiziellen Regierungen der internationalisierten Regierungen konföderierten zugunsten aller wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfs kundgibt.

Die Konferenz erinnert daran, daß dieser Entwurf namentlich besteht:

- a) die Verpflichtung Deutschlands, die zerstörten Gebiete im vollen Maße seiner Leistungsfähigkeit wieder aufzubauen, wobei diese Leistungsfähigkeit durch eine unparteiische Autorität zu bestimmen wäre;
- b) die Streichung der Lasten, die Deutschland im Widerspruch mit den grundsätzlich als Grundlage des Waffenstillstandes akzeptierten 14 Punkten des Präsidenten Wilson zur Deckung der Militärleistungen auferlegt wurden;
- c) die allgemeine Streichung der interalliierten Kriegsschulden;
- d) die Einführung des Systems der Reparationen durch Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit;
- e) die Emission internationaler Anleihen zum Zwecke der schnelleren Leistung der Reparationen und der Umwandlung der Schuld Deutschlands gegenüber den alliierten Ländern in eine gewöhnliche Schuld ohne politischen Charakter.

2. Die beteiligten Staaten haben sich jedoch nicht dieser Politik des Friedens und des wahren Wiederaufbaus zugewendet.

Formulierung über die freitigen Fragen zustandekommen, die für die Sozialdemokratie annehmbar war. Man einigte sich darin, die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz auszuschließen und alle sozialpolitischen Fragen, mit Ausnahme der technischen Angelegenheiten, nicht in dieses Gesetz einzuschalten. Alle diese Probleme sollen auf gesetzlichem Wege und nicht dem der Verordnungen, wie es anfangs geplant war, eine Regelung erfahren. Die Formulierung über die Arbeitszeitfrage hatte folgenden Wortlaut:

„Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringlich geboten erscheinen. Das wird nur unter reiflicher Ausnutzung der technischen Erfindungen sowie organisatorischer Verbesserungen unserer Wirtschaft und emfiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung der Arbeitszeitfrage unter grundsätzlicher Beibehaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dabei ist auch die Möglichkeit der tariflichen Uebersteigerung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung der Produktion vorzunehmen. Für die öffentlichen Verwaltungen finden ähnliche Grundzüge Anwendung.“

Diese Vereinbarung entsprach den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bekanntlich die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung im Rahmen des Möglichen immer anerkannt hat. Ueber die Notwendigkeit vom vorigen Jahre geht die vorliegende Formulierung nicht hinaus. Sie ist vielleicht infolgedessen noch besser, als in ihr die gesetzliche Regelung vorgesehen ist, während in den vorjährigen Abmachungen auch die behördliche Regelung zugelassen wird.

Am Sonnabend, vormittags um 9 Uhr, trat die sozialdemokratische Fraktion zusammen, um von dem in der Nacht erzielten Verhandlungsergebnis Kenntnis zu nehmen.

Inzwischen hatten auch die Fraktionen der bürgerlichen Parteien den Abmachungen ihrer Unterhändler die Zustimmung erteilt.

Die Zusammenlegung des Kabinetts

Das zweite Kabinett Stresemann setzt sich wie folgt zusammen:

- Reichkanzler Dr. Stresemann, zugleich mit der Führung der Geschäfte des Reichspräsidenten beauftragt,
- Reichsminister des Innern Soltmann,
- Reichsfinanzminister Dr. Lathen,
- Reichswirtschaftsminister Dr. Koeth,
- Reichsarbeitsminister Dr. Brauns,
- Reichsjustizminister Dr. Rabbruch,
- Reichswehrminister Dr. Gehler,
- Reichsminister für Wiederaufbau Schmidt,
- Reichspostminister Köhler,
- Reichsverkehrsminister Döber,
- Ernährungsministerium noch unbesetzt,
- Minister für die besetzten Gebiete Fuchs.

Das neue Kabinett weist nur drei Veränderungen auf. An Stelle des Reichsfinanzministers Hilferding ist der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Lathen getreten, während als Reichsernährungsminister ein Mann aus der Landwirtschaft gewählt wird, aber noch nicht gefunden ist. Für den zurückgetretenen Reichswirtschaftsminister v. Raumer ist Dr. Koeth verpflichtet worden, der dem ersten Reichskabinett Scheidemann als Kommissar für das Demobilisierungsamt angehörte. Herr Koeth war auch Leiter des Amtes für die Kriegsernährung und später wirtschaftlicher Mitarbeiter Rathenau's.

Während die Arbeiter sich untereinander verständigten, weigerten sich die Regierungen, zu einer gegenseitigen Verständigung zu gelangen. Nicht einmal die Vertreter der alliierten Mächte können sich darüber einigen, was von Deutschland gefordert werden soll, und ihre Streit verhärtet noch die ohnehin schon so gefährliche Lage Europas.

Endlich sind die Regierungen Frankreichs und Belgiens, entgegen allem Völkerrecht, zur Anwendung der brutalsten Gewalt, zu einem förmlichen Kriegszustand geschritten,

indem sie unter dem Vorwand einer Befreiung von untergeordneter Bedeutung durch ihre Truppen das Ruhrgebiet besetzen ließen mehr als hunderttausend Proletarier aus ihren Heimstätten vertrieben, die elementarsten Bürgerrechte unterdrückt, Deutschland in brutaler Weise von seinem wichtigsten Wirtschaftsgebiet trennten, das ökonomische Chaos, Elend, Not und die furchtbarste soziale Desorganisation heraufbeschworen.

Die Arbeiter Frankreichs und Belgiens haben im Entschlossenheit mit allen Organisationen der politischen und gewerkschaftlichen Internationalen niemals aufgehört, mit aller Energie gegen dieses Vorkommnis auf das Völkerrecht und die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft zu protestieren. Sie haben nicht aufgehört, die öffentliche Meinung zu warnen, daß

diese schreckliche Tat zugleich auch ein schlechtes Geschäft sein würde. Die Resultate zeigen, bis zu welchem Grade sie recht hatten.

Die Politik Poincarés, mit der die Politik der belgischen Regierung Hand in Hand geht, hat keine Reparationen zuzuführen gefördert. Die produktiven Pfänder haben sich als unbrauchbar erwiesen. Die Gewalt hat, wie immer, nichts als Unglück erzeugt. Das Elend in Deutschland hat die Möglichkeit einer Lösung in weite Ferne gerückt und verschärft in der ganzen Welt die ökonomischen Schwierigkeiten. Die

politische Krise Deutschlands und das Chaos, von dem es bedroht ist, ist eine Gefahr für ganz Europa.

Nach niemals standen wir einer so furchtbaren Welle gegenüber. Die ganze Kultur des Westens ist in Gefahr.

Die Arbeiterorganisationen nennen das Proletariat aller Länder vor diesen Gefahren. Sie erinnern daran, daß die Gewalt immer wieder die Gewalt erzeugt und daß sie, wenn sie es zulassen, daß dem deutschen Proletariat Gewalt angetan wird, überflüssig Gefahr laufen, die Diktatur nicht nur eines